



Es informiert Sie Herr Wierzba

Herrn Oberbürgermeister Andreas Mucke

Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563-62 72
Fax (0202) 563-85 73
E-Mail fraktion@fdp-wuppertal.de

Große Anfrage

Datum 19.04.2018

Drucks. Nr. VO/0363/18
öffentlich

Zur Sitzung am
07.05.2018

Gremium
Rat der Stadt Wuppertal

Auswirkung des Tarifabschlusses auf die städtischen Finanzen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mucke,

die Tarifparteien einigten sich am 18. April 2018 auf einen neuen Tarifvertrag für die Angestellten von Bund und Kommunen mit Geltungskraft ab dem 1. März 2018. Die Gehälter sollen im Schnitt um 3,2 Prozent im Jahr 2018, im Jahr 2019 um 3,1 Prozent und im Jahr 2020 um 1,1 Prozent angehoben werden.

Für Beschäftigte in niedrigen Einkommensklassen bis zur Entgeltgruppe sechs wird es eine Einmalzahlung von 250 Euro geben. Die Ausbildungsvergütung wird um 50 Euro ab dem 1. März 2018 und um 50 Euro ab dem 1. März 2019 angehoben werden. Der Tarifabschluss soll auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Auf die Stadt Wuppertal kommen somit höhere Kosten in Höhe von rund 7,2 Millionen Euro zu.

In der Haushaltsplanung der Stadt Wuppertal wurden aber lediglich Steigerungsraten in Höhe von jährlich 1,5 Prozent bei den Personalkosten eingeplant. Die Stadt Wuppertal wird daher eine hohe zusätzliche Belastung auffangen müssen. Gegenüber den Medien äußerte sich Stadtkämmerer Dr. Slawig, dass es aufgrund der durch den Tarifabschluss verursachten, erheblichen Mehrkosten, schmerzhaft Abstriche bei den Dienstleistungen der Stadt geben werde.

Vor diesem Hintergrund bitten wir zur Sitzung des Rates am 7. Mai 2018 um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. In welcher konkreten Höhe wird sich der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst auf den städtischen Haushalt auswirken?

2. Welche konkreten Kürzungen zur Finanzierung der tarifabschlussbedingten Personal- Mehrkosten plant die Verwaltung?
3. Welche Alternativen hierzu wurden von Seiten der Verwaltung geprüft und warum hat man sich dagegen entschieden?
4. Wie stellt die Verwaltung ihre Arbeitsfähigkeit angesichts der ohnehin vorhandenen Personalknappheit und der strapazierten und teils jetzt schon eingeschränkten Leistungsfähigkeit in Teilen der Stadtverwaltung sicher, so dass weitere Personalkürzungen überhaupt zu verantworten sind?

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Schmidt
- Fraktionsvorsitzender -